

János M. Rainer

Demokratievorstellungen in der Ungarischen Revolution 1956

Vor der Revolution¹ war Ungarn eine totalitäre Diktatur stalinistischen Typs. Diese Diktatur war zugleich Ziel als auch Mittel: Als Ziel war sie organischer Teil des Ende der vierziger Jahre eingeführten wirtschaftlich-politischen Systems sowjetischen Typs, und mit den Mitteln der Diktatur wurde das System in die unterschiedlichsten Lebensbereiche eingeführt. Während der Krise dieses Systems (1953–1956)² war es für alle über Veränderungen nachdenkenden politischen Kräfte offensichtlich, daß die Veränderung des Systems der Diktatur eine *conditio sine qua non* für jede andere wie immer geartete Veränderung sei.

Vor 1945 existierte in Ungarn keine stabile parlamentarische Demokratie mit Mehrparteiensystem, wie das zur gleichen Zeit etwa in der Tschechoslowakei der Fall war. Unter den im folgenden noch zu diskutierenden Demokratieauffassungen der Zeit vor 1956 spielte daher die am logischsten erscheinende Version, nämlich ein Programm zur Wiederherstellung des Vorkriegszustandes, keine Rolle. Nach 1945 organisierte

sich das Bedürfnis nach Veränderung – auch wenn der Ausdruck selbst damals nicht gebraucht wurde – rund um den Begriff der demokratischen Modernisierung. Es war dies ein Wunsch nach Beschleunigung und Aktualisierung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse des Landes, der die politischen Kräfte der Nachkriegszeit bewegte, wobei sich die Parteien – anfangs auch die kommunistische Partei – diese Modernisierung allesamt als auf demokratischem Wege zu erreichende vorstellten. Welcher konkrete Weg zu beschreiten sei, darüber wichen die Vorstellungen der einzelnen Parteien und Bewegungen natürlich bedeutend voneinander ab.

Nach 1947/48 setzte dann allerdings ein davon abweichender Versuch der antidemokratischen Modernisierung ein, der der stalinistischen Diktatur. Die Krise 1953–1956 brachte das Scheitern dieses Versuches. Die alten und neuen Herausforderungen der Demokratie und Modernisierung konnten, verglichen mit der Nachkriegszeit, in den fünfziger Jahren nicht ganz frei beurteilt und dis-

kutiert werden. Ein wichtiger Teil der Demokratievorstellungen erhielt daher in der Krisenperiode – die in Ungarn und Osteuropa nach dem Titel eines im Jahre 1953 erschienenen Romans von Ilja Ehrenburg als *Tauwetter* bezeichnet wurde – keine Publizität, verbreitete sich nur im Untergrund und kam erst im Augenblick des Ausbruches der Revolution ans Licht. Auf die näheren Umstände der Diktatur geht auch zurück, daß sowohl die Revolution als auch die kolportierten Demokratieauffassungen stark eklektizistisch waren. Es ist außerdem zu erwähnen, daß diese Vorstellungen, von einer einzigen Ausnahme abgesehen, Demokratie mit nationaler Unabhängigkeit verknüpften (wobei auch darüber verschiedene Auffassungen existierten). Da das politische System sowjetischen Typs in Ungarn als Resultat der sowjetischen Besatzung und den Absichten der sowjetischen Führung entsprechend eingeführt wurde, konnte es ohne nationale Unabhängigkeit keine wie immer geartete demokratische Umgestaltung geben. (Den Fragenkomplex der Unabhängigkeit wollen wir an dieser Stelle nicht anschneiden).

Der erste Versuch zur Bewältigung der Krise fällt in Ungarn in die Zeit der Regierung Imre Nagy 1953/54. Die Grundlinien ihres Programmes wurden von der nachstalinistischen sowjetischen Führung im Juni 1953 ausgearbeitet. Mit der Idee einer Reform der politischen Struktur begann sich Imre Nagy 1954 aufgrund der Erfahrung erster Anzeichen stalinistischen Widerstandes ge-

gen die neue Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu befassen. Er versuchte ein System des politischen Pluralismus zu schaffen, in dem die *Hazafias Népfront* (Patriotische Volksfront) – die nach dem Krieg die Kommunisten und ihre verbündeten Parteien in einer Art Bund vereint hatte, nach 1947/48 aber zum Werkzeug der „Auflösung“ und Liquidierung dieser Verbündeten wurde – ein loyaler Kritiker der Partei gewesen wäre, eine Art Gegengewicht. Als Folge des Sturzes der Regierung Imre Nagy zu Beginn des Jahres 1955 wurden diese Überlegungen nie in die Praxis umgesetzt.

Anfang 1956 machte der 20. Kongreß der KPdSU die sogenannte „Demokratisierung“ zu einer erstrangigen Aufgabe des gesamten kommunistischen Lagers. Der terminologische Unterschied ist dabei keineswegs zufällig: Es war nicht von „Demokratie“ die Rede – bestenfalls von „sozialistischer Demokratie“ – sondern höchstens von ihrer stufenweisen Einführung, von „Demokratisierung“. (Diese begriffliche Spielerei wiederholte sich übrigens in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, nachdem Gorbatschow an die Macht gekommen war und solange die kommunistischen Parteien die Krisenmanagement- und Umwandlungsvorgänge noch mehr oder minder in der Hand hatten).

Mit Ausnahme eines immer enger werdenden orthodox-stalinistischen Kreises, der unter der Führung Rákosis jede Veränderung ablehnte, machte sich die ungarische Partei, die Führung der MDP³, eine Auffassung von „Demokra-

tisierung⁴ zu eigen, die man auch mit den besten Absichten nicht als demokratische Denkungsart bezeichnen kann. In ihrer Vorstellung erschöpften sich die institutionellen Voraussetzungen zur Abschaffung der Persönlichkeitsdiktatur in der Befürwortung einer „partei führungsinternen“ Demokratie, die aber nicht einmal die Ein-Mann-Partei führung ausschloß. In dieser Auffassung fehlte auch jede wie immer gear tete Bewertung der nationalen Unabhängigkeit. Diese Lösung ähnelte in auf fallender Weise dem, was etwa in Ungarn ab den frühen sechziger Jahren verwirklicht wurde. Es ist kein Zufall, daß János Kádár, der Partei führer der sechziger Jahre, im Frühling und Sommer 1956 als einer der führenden Vertreter dieser Überlegungen galt.

Im Mittelpunkt der Demokratievorstellungen der von Imre Nagy geprägten Parteiopposition stand ebenfalls die „sozialistische Demokratie“, nur mit dem Unterschied, daß ihre Vertreter sie ‚ernst nahmen‘. Sie glaubten nicht, daß die Demokratie innerhalb eines engen Kreises die gesamten, sich aus der diktatorischen Machtausübung ergebenden Probleme zu lösen in der Lage sei. Vielmehr waren sie der Auffassung, daß der Sozialismus – dem sie als politische Oppositionelle verbunden blieben – auch unter Berücksichtigung der nationalen Eigenheiten auf nicht-diktatorischem Wege verwirklichtbar sei; nach Imre Nagy war dies der einzige mögliche Weg zur Verwirklichung des Sozialismus. Da die Parteiopposition den Sozialismus langfristig als die

einzig e Möglichkeit der Entwicklung betrachtete, stand die Partei im Mittelpunkt ihrer Überlegungen über politische Macht. Hinsichtlich der Freiheitsrechte befaßten sich die Oppositionellen am ehesten mit der Freiheit des kritischen Denkens und der kritischen Meinungsäußerung. Die Voraussetzungen dafür waren auch dadurch gegeben, daß die bedeutendsten und aktivsten Teile dieser Parteiopposition sich aus den Kreisen der schriftstellerisch-journalistischen Intelligenz rekrutierten.

Das ideale Betätigungsfeld zur Ausübung dieses Rechtes wäre eine nach demokratischen Regeln funktionierende Institution, eine dergestalt reformierte Partei gewesen. Mit den demokratischen Spielregeln einer Gesellschaft und mit dem Recht zur freien Meinungsäußerung und den Organisationsmöglichkeiten von Gruppen, die den Sozialismus ablehnten oder ihm vielleicht sogar diametral gegenüberstanden, beschäftigten sie sich kaum. Zwar spekulierte Imre Nagy noch vor der Revolution mit der Wiederherstellung eines Mehrparteiensystems, doch dachte er nur an die Parteien der Koalition von 1945–1948 einschließlich der Führung der Kommunisten. Einzelne Mitglieder der Parteiopposition – so etwa der später mit Imre Nagy gemeinsam hingerichtete Miklós Gimes – hätten zwar auch eine pluralistische Demokratie mit all ihren Konsequenzen akzeptiert, doch diese Ansichten wurden von der Mehrheit der Parteioppositionellen nicht geteilt. Statt an ein Mehrparteiensystem dachten sie noch immer an eine

„Volksfront-Demokratie“ nach dem Muster von 1954.

Die Demokratievorstellungen der übrigen zwischen 1945 und 1948 existierenden Parteien sind wenig bekannt, da ihnen nicht einmal jene Möglichkeiten zur Meinungsäußerung offenstanden, wie sie für die Parteiopposition in der *Irodalmi Ujság* (Literarische Zeitung) oder im *Petőfi Kör* (Petöfi Kreis) gegeben waren. Aber viele einzelne Anzeichen deuten darauf hin, daß sie, die Krise spürend, mit einer Veränderung rechneten und auch damit, daß sie dabei eine Rolle spielen könnten. Von einem einheitlichen Standpunkt kann dabei nicht gesprochen werden. Die einflußreichen ‚Volks‘-Schriftsteller⁴ – Mitglieder der einstigen *Nemzeti Parasztpárt* (Nationalen Bauernpartei) – Péter Veres, Pál Szabó und László Németh sympathisierten scheinbar mit den Demokratieauffassungen des Reformprogramms der Parteiopposition. Im Gegensatz dazu hat Anna Kéthly – die angesehenste politische Führerin der Sozialdemokraten, die bis 1954 im Gefängnis war – im Sommer 1956 nicht nur die Annäherungsversuche der Rákosi-Parteiführung zurückgewiesen, sondern auch jene des parteioppositionellen Géza Losonczy (wenn auch mit einer unterschiedlichen Betonung). Im Gegensatz zu den Volksfront-Vorstellungen der reformkommunistischen Opposition forderte Anna Kéthly freie Wahlen in einem Mehrparteiensystem und die Neugründung der 1948 zwangsweise fusionierten Sozialdemokratischen Partei als minimale Basis

für eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und reformkommunistischer Opposition. Der Unterschied zwischen den beiden Lagern manifestierte sich also nicht in den abweichenden sozialistischen gesellschaftlich-politischen Perspektiven, sondern eben am Bestehen auf demokratischen oder nicht-demokratischen politischen Strukturen.

Neben den Demokratieauffassungen der politischen Gruppierungen muß hier noch eine weitere, schwer zu beschreibende Vorstellung von Demokratie erwähnt werden, welche während der Revolution eine große Rolle spielte, jene der ‚Gesellschaft‘ oder, wenn man so will, des Volkes. Vor der Revolution gab es – trotz allen Tauwetters – keine freie Presse oder Meinungsforschung (sogar die „für den inneren Gebrauch“ bestimmten Stimmungsberichte wurden manipuliert). Wir wissen von diesen Demokratieauffassungen gerade soviel, wie während der Tage der Revolution ans Tageslicht kam. In ihnen kommt die Orientierung der öffentlichen Meinung zum Ausdruck. Anstelle eines Sowjetsystems wollte man in Ungarn ein modernes Land westlichen Typs sehen, dessen Parlament aus den Kandidaten mehrerer Parteien frei gewählt wird. Während der Revolution gab es kaum ein „Punkteprogramm“ (egal ob aus 10, 12, 14 oder mehr Punkten bestehend), das die Forderung nach freien Wahlen in einem Mehrparteiensystem nicht enthalten hätte. Die Studenten, die Arbeiterräte in den Betrieben und sowohl die Revolutionsausschüsse in den Gemeinden wie auch die politischen Parteien

hefteten diese Forderung auf ihre Fahnen, sodaß wir mit einiger Berechtigung annehmen können, daß neben der revolutionären Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit (Austritt aus dem Warschauer Pakt und die Erklärung der Neutralität) dies die zweite Frage war, in welcher der weitestgehende gesellschaftliche Konsens bestand.

Wenn wir diese Forderungen allerdings einer näheren Betrachtung unterziehen und wenn wir vor allem die Tätigkeit der verschiedenen revolutionären Organisationen berücksichtigen, dann finden wir neben der einstimmigen Beschwörung der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie sehr unterschiedliche Auffassungen über die demokratischen Einrichtungen. Neben strikt entgegengesetzten Vorstellungen waren in der öffentlichen Meinung auch solche lebendig, die auf eine Erneuerung mittels demokratischer Reformen innerhalb des sozialistischen Systems (den Begriff verwenden wir jetzt hier in seiner ‚ursprünglichen‘ Bedeutung) abzielten. Die beim Ausbruch der Revolution zutage tretenden Forderungen, die in der Regel von der Studentenschaft formuliert wurden, bieten ein in dieser Hinsicht typisches, buntes Bild. Die berühmtesten dieser Forderungen sind die in der Nacht des 22. Oktober 1956 an der Technischen Universität Budapest entstandenen „16 Punkte“. In ihnen kamen freie Wahlen in einem Mehrparteiensystem ebenso vor wie die Forderung, daß „die Regierung unter der Führung des Genossen Imre Nagy umgebildet werden soll“ oder daß die Kommuni-

stische Partei sofort einen Kongreß abhalten und die Parteiführung „von unten“ gewählt werden solle. An anderen Universitäten wurden – im Gegensatz zur Stalinschen Sowjetunion, aber nach dem attraktiven Muster Jugoslawiens – Forderungen nach der Einführung von Arbeiterräten oder der Betriebs selbstverwaltung formuliert, die in Richtung Selbstverwaltungsdemokratie oder Produktionsdemokratie wiesen.

Es blieb der ungarischen Revolution viel zuwenig Zeit, als daß aus diesen Vorstellungen ein konsistentes politisches System hätte entstehen können. Den vielseitigen und widersprüchlichen Vorstellungen eröffnete sich unvermittelt eine Möglichkeit zur Verwirklichung – und bis zu einem gewissen Grad wurden sie auch tatsächlich verwirklicht. Die Stalinisten wurden hinweggefegt, und die reformkommunistische Opposition konnte ihre Vorstellungen verwirklichen (bzw. hätte sie sie nun verwirklichen können). Nun stellte sie die Führung der Partei und der Regierung und machte sich die Forderungen der Bevölkerung schrittweise zu eigen. So wurde am 30. Oktober 1956 das Mehrparteiensystem beschlossen – doch bezog sich der Beschluß ausdrücklich nur auf die vier Parteien der Koalition von 1945 (die kommunistische Partei unter dem Namen *Magyar Szocialista Munkáspárt* (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei), die Sozialdemokratische Partei, die *Früggellen Kisgazdapárt* (Unabhängige Kleinlandwirtpartei), die *Nemzeti Parasztpárt* (Nationale Bauernpartei) unter dem Namen

Petőfi Párt (Petőfi Partei). Diese Parteien formierten sich auch sehr rasch von neuem und traten in die Regierung ein, doch akzeptierten sie – vorerst – die Führung der Kommunisten und die Ministerpräsidentschaft von Imre Nagy. Es entstanden aber auch zahlreiche Parteien außerhalb der Koalition – oppositionelle, in erster Linie christlich (konservativ bis sozial) orientierte Parteien.

In einigen Betrieben wurden Arbeiterräte gewählt, die über die Einführung der Produktionsdemokratie hinaus, die Waffe des Streikes schwingend, auch von Anfang an eine wichtige politische Rolle spielten. Aus den Delegierten der Arbeiterräte oder aus freien Wahlen hervorgehend, entstanden in jeder Ortschaft lokale Revolutionskomitees, die in ihrer Gesamtheit – manchmal aber auch einzeln – von großer Bedeutung waren. Diese Komitees blickten mit augenfälligem Mißtrauen auf die nationale Regierung. Als Ministerpräsident Imre Nagy am 1. November den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und die Neutralität seines Landes verkündete, erreichte er die Zusage zur Beilegung des Generalstreiks für den 5. November nur über Verhandlungen mit der Konferenz der Budapester Arbeiterräte (und nebenher noch in Extraverhandlungen mit den Revolutionskomitees der zwei großen Budapester Industriegebiete Csepel und Újpest) sowie in getrennten Verhandlungen mit den Revolutionskomitees von Győr und Miskolc.

Noch bevor die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte, erfolgte in den

Morgenstunden des 4. November 1956 der Angriff der sowjetischen Armee. Daher gibt es keine Antwort auf die Frage, wie sich die einheitliche Forderung nach parlamentarischer Demokratie und ihre im Entstehen begriffenen Institutionen (nach einer siegreichen Revolution, im tagtäglichen Leben) mit den auf der Grundlage direkter Demokratie organisierten revolutionären Institutionen vertragen hätten. Wären dabei die gemeinsamen Erlebnisse und Ziele der Revolutionstage (parlamentarische Demokratie, nationale Unabhängigkeit, sozioökonomische Einrichtungen sozialistischer Art) entscheidend geworden oder eben ganz im Gegenteil jene, bereits in den Tagen der Revolution aufbrechenden Gegensätze (zwischen den professionellen, parteipolitischen Eliten und den die ‚Parteipolitik‘ mit lauten Worten verurteilenden Selbstverwaltungsorganen ‚des Volkes‘)? Und wenn sich die Gegensätze verhärtet hätten, wie wäre der Kampf ausgegangen?

Sofort nach dem Scheitern der Revolution, und noch Jahrzehnte danach, herrschte die Auffassung vor, daß die ungarische Revolution in Richtung einer eigenen, originären Form von demokratischen politischen Einrichtungen gewiesen hätte. In dieser Auffassung existieren die parlamentarische Demokratie und die Selbstverwaltungs-Produktions-Demokratie der Arbeiterräte nebeneinander. Diese Meinung stützte sich auf Ereignisse aus den Revolutionstagen.

Ihre Kritiker haben dem aber mit Recht entgegengehalten, daß der völlige

Ausbau der Arbeiterräte und das Anwachsen ihrer Bedeutung zu einem guten Teil auf die Zeit nach dem 4. November 1956 fällt, da sie unter den demokratischen Institutionen so ziemlich als einzige aufrecht blieben und ihren Kampf für die Ziele der Revolution und gegen die Kádár-Regierung alleine führten.

Die letzten ein, zwei Jahre scheinen eine Veränderung auf diesem Gebiet gebracht zu haben. 1989 stürzten die poststalinistischen Systeme in Osteuropa. Es entstanden in schöner Gleichmäßigkeit ‚reine‘ parlamentarische Demokratien in jenen Ländern (Ungarn, Tschechoslowakei, Polen), in denen die antistalinistischen Bewegungen ähnlich der ungarischen Revolution ‚gemischte‘ politische Strukturen versprochen hatten. Immer mehr kam dabei die Meinung zum Tragen, daß die antistalinistischen Aufstände und Bewegungen sich im Grunde in diese Richtung bewegt hätten und daß die demokratische Selbstorganisation nichts anderes sei als eine natürliche – aber nur vorübergehende – Folge der revolutionären Situation oder eines Bürgerkrieges. Hervorgerufen werde dies durch die Lahmlegung der zentralen Gewalt, während deren Konsolidierung die ‚Aktivisten‘ entweder wieder an die Werkbänke geschickt oder in die Reihen der politischen Elite gehoben worden wären. Selbst die Anführer der ungarischen Arbeiterräte – ihre Vertreter argumentierten in diesem Sinne – hätten nach dem 4. November 1956 ihre politische Rolle als vorübergehend empfunden und ihre Forderung nach der

Einführung eines Mehrparteiensystems aufrechterhalten.

Das zahlenmäßig geschrumpfte Lager der Kritiker der liberalen Demokratie hingegen – komischerweise in erster Linie aus dem Westen kommend – hebt nun, selbst im Vergleich zu früher, noch einseitiger die direkten demokratischen Initiativen der ungarischen Revolution hervor. Dabei entfernen sie sich in ihrer ideologischen Erhitzung von der Realität und sehen in der Revolution die Verwirklichung der Utopie von der „dauernden Mitsprache jedes Einzelnen zu jeder Frage“ (Cornelius Castoriadis). Gleichzeitig aber werfen sie ihren Gegnern nicht ganz zu Unrecht vor, daß diese in den Umwälzungen der späten achtziger Jahre „das Ende der Geschichte“ sehen und dies historisierend zu beweisen versuchten.

Der Analytiker befindet sich in einer schwierigen Lage, wenn er – angerufen durch eine der beiden Seiten – in dieser Diskussion Stellung beziehen soll. In der ungarischen Revolution wurden die Grundfragen der Demokratie aufgeworfen; in kaum einer Frage herrschte ein derartiges Einverständnis, wie in der Ablehnung (jeglicher) totalitärer Organisation. Zur Beantwortung vieler aufgeworfener Fragen und zur Realisierung von Überlegungen aber war nicht genug Zeit. Die Träger der ungarischen Revolution bewerteten das Konzept einer „sozialistischen Demokratie“, also den Weg der „Demokratisierung“, in geschichtlicher Perspektive für nicht gangbar. Nicht aufgrund der Auseinandersetzungen der Gegenwart (denen man

sich freilich nur schwer entziehen kann), sondern aufgrund der Dynamik der Ereignisse während der Revolution und anderer Erfahrungen erscheint die Dominanz der parlamentarischen Organisation wahrscheinlicher.

Aus dem Ungarischen von
Gerhard Baumgartner

Anmerkungen:

1 Der Begriff Revolution hat im Ungarischen nicht jene sozialistischen Konnotationen wie im Deutschen, er steht vielmehr in der Tradition der bürgerlichen Revolution 1848, des Kampfes um nationale Unabhängigkeit. In der Folge bezeichnete sich auch der Volksaufstand in Ungarn 1956 als Revolution. (G.B.)

2 Nach dem Tode Stalins (G.B.).

3 MDP steht für *Magyar Dolgozók Pártja* (Partei der Ungarischen Werktätigen).

4 Literarische Strömung, deren Anfänge auf die sogenannten ‚Dorfforscher‘ der dreißiger Jahre zurückgehen, die sich mit nationaler Identität und den Fragen der Bauernschaft beschäftigten. Diese literarische Tradition wurde in der Folge als Gegenstück zu den ‚Urbanisten‘, den Stadt-schriftstellern, interpretiert.

Neuerscheinung



Wolfgang Maderthaner

Hans Schafranek

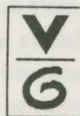
Berthold Unfried (Hg.)

„Ich habe den Tod verdient“

Schauprozesse und politische
Verfolgung in Mittel- und Osteuropa
1945 - 1956

224 Seiten, öS 248,-/DM 36,-

Zentrales Thema dieses Bandes ist die Analyse der inneren Logik, der sozialen Basis und der politischen Strukturen der stalinistischen Macht- und Terrorapparate in ausgewählten Ländern Ost- und Mitteleuropas (DDR, Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien) von der Konstituierung der „Volksdemokratien“ bis zu ihrer vorläufigen Konsolidierung.



Verlag für Gesellschaftskritik

Kaiserstraße 91, A-1070 Wien, Tel: 0222/526 35 82